

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
152 · Ausgabe BE · März 2015

SP

REFERENDUM UND INITIATIVE GEGEN DIE KÜRZUNG BEI DEN PRÄMIENVERBILLIGUNGEN SP UND JUSO SAMMELN WIEDER UNTERSCHRIFTEN. UM DEN UNSOZIALEN ABBAU RÜCKGÄNGIG ZU MACHEN, LANCIERT DAS KOMITEE «BEWÄHRTE PRÄMIENVERBILLIGUNGEN» IM MÄRZ 2015 PARALLEL ZUM REFERENDUM DIE INITIATIVE «JA ZU DEN BEWÄHRTEN PRÄMIENVERBILLIGUNGEN – FÜR FAMILIEN UND MITTELSTAND».

Unsoziale Sparentscheide rückgängig machen!



Andrea Lüthi,
Grossrätin,
Burgdorf

Der Kanton Bern hat schweizweit die zweitgrösste Krankenkassenprämienbelastung. Die Prämien verschlingen oftmals mehr als 13 Prozent des Haushaltseinkommens. Die Prämienverbilligungen sind ein bewährtes Instrument, um Mittelstand und ärmere Haushalte zu entlasten. Auch die SP Schweiz fordert in ihrer Wahlplattform, dass Krankenkassenprämien nicht mehr als 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens ausmachen sollen.

Der Grosse Rat hat in der Januarsession, gegen den Willen der SP, eine Revision des Einführungsgesetzes über die Kranken-, Unfall- und Militärversicherung (EG KUMV) durchgeboxt. Bereits früher beschlossene Kürzungen bei den Prämienverbilligungen wurden noch stärker verankert. Das bisherige Leistungsziel, welches festlegte, dass 25 bis 45 Prozent der Kantonsbevölkerung Prämienverbilligung erhalten, wurde beseitigt. Zehntausende verloren bereits ihren Anspruch auf Prämienverbilligung, 4000 weitere werden folgen, falls die neuste Gesetzesänderung der Bürgerlichen umgesetzt wird.

Zuerst das Referendum ...

Die SP akzeptiert diesen Sozialabbau nicht! Seit der Spardebatte Ende letzten Jahres haben sich die finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons verbessert. Auch steht uns ein unerwarteter Geldsegen der Nationalbank bevor. Wann, wenn nicht jetzt, ist es Zeit, unsoziale Sparentscheide des Parlamentes rückgängig zu machen? Wollen wir, dass immer mehr Familien in prekäre finanzielle Verhältnisse geraten?

Es ist auch stossend, dass die Bundesgelder für die Prämienverbilligungen ganz selbstverständlich angenommen und verteilt werden, man sich kantonsseitig aber immer mehr aus der sozialen Verantwortung gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern zurückzieht und den Kantonsanteil nach Belieben

kürzt. Zwischen den Leistungen, die der Bund ausrichtet, und denjenigen des Kantons besteht ein massives Missverhältnis (ein Drittel Kanton, zwei Drittel Bund).

... danach die Initiative

Leider hätten wir aber mit einem gewonnenen Referendum nur einen Teilsieg erreicht. Die Folge wäre, dass zwar das Leistungsziel im Gesetz bestehen bleibt, aber die Kürzungen nicht rückgängig gemacht werden. Anders gesagt: Weniger Geld wird auf gleich viele Personen verteilt und der einzelne Haushalt erhält weniger. Deshalb mussten wir gemeinsam mit den Grünen, dem Gewerkschaftsbund, AvenirSocial, dem Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen KABBA, der Kritischen Sozialarbeit KRISO Bern und weiteren Organisationen so rasch als möglich auch eine Initiative lancieren. Diese fordert die bisherigen Verbilligungsbeiträge beizubehalten und ins Gesetz zu schreiben. Ist die Initiative einmal eingereicht, besteht die Möglichkeit, einen Gegenvorschlag zu entwickeln, der das bisherige System vielleicht sogar noch verbessert und allfällige Fehlanreize eliminiert. Denn gewisse Kritikpunkte an der aktuellen Ausgestaltung der Prämienverbilligung sind durchaus ernst zu nehmen und kommen auch aus unseren Kreisen.

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern hat das Referendum beschlossen, da die dreimonatige Sammelfrist bereits läuft. Über die Initiative befindet der Parteitag vom 4. März. Das Komitee bittet alle Sektionen, sich an beiden Unterschriftensammlungen rege zu beteiligen, um diesem äusserst wichtigen sozialpolitischen Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen.

Infos und Unterschriftenbögen:

Mihalyi Szabolcs, szabolcs.mihalyi@spbe.ch, 031 370 07 87
oder www.praemienverbilligung.be



Echte Gleichstellung bleibt ungewiss

DIE SCHWEIZERINNEN UND SCHWEIZER WERDEN ÄLTER. IN ZEHN JAHREN WIRD FAST EIN DRITTEL DER BEVÖLKERUNG ÜBER 60 JAHRE ALT SEIN. DIES WIRD GROSSE AUSWIRKUNGEN AUF DIE ARBEITSWELT HABEN. WAS HEISST DAS FÜR DIE GLEICHSTELLUNG UND FÜR DAS RENTENALTER? LINKS.BE HAT BEI BERNADETTE HÄFLIGER, GEWERKSCHAFTSSEKRETÄRIN SYNDICOM, NACHGEFRAGT.

Die geburtenstarken Jahrgänge gehen in Pension. Geht uns die Arbeit aus, oder gehen uns die Arbeitskräfte aus?

Mit der Babyboomer-Generation geht in den nächsten Jahren viel Fachwissen und Erfahrung in Pension. In vielen Bereichen werden uns qualifizierte Arbeitnehmende fehlen. Mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative wird sich der Fachkräftemangel verschärfen. Die Arbeit geht uns ganz sicher nicht aus. Im Gegenteil. Gerade im Gesundheitsbereich wird das Arbeitsvolumen wachsen. Nicht nur im professionellen Bereich, auch die private Pflegearbeit von Angehörigen wird massiv zunehmen.

Termine der SP Frauen Kanton Bern in Wahljahr 2015

7. März, 13.30 Uhr: **Demo Lohn-gleichheit jetzt!** Treffpunkt: Schützenmatte, Bern (Infos www.7märz2015.ch),
28. März, 9 Uhr: **Medienschulung für Nationalratskandidatinnen und Grossrätinnen**, Hotel Kreuz, Bern
13. Juni, 9–10 Uhr: **HV SP Frauen Kanton Bern**, statutarischer Teil (anschl. Tagung), Hotel Bern, Bern
13. Juni, 10–14 Uhr: **Tagung «Demografische Entwicklung: Wir stellen uns der Herausforderung»** für SP-PolitikerInnen, interessierte Frauen und Männer, Fachpersonen, Hotel Bern, Bern
15. August: **Sommeraktion der SP Frauen für den Wahlkampf**
19. September: **Schlusspurtaktion Wahlkampf**
10. Oktober: **Schlusspurtaktion Wahlkampf**

Was heisst das für die Frauen?

Die immer besser ausgebildeten Frauen werden für die Unternehmungen in den nächsten Jahren eine noch interessantere Personalresource werden. Vielleicht gibt das der faktischen Gleichstellung nun endlich den lang verlangten Schub. Fakt ist aber, dass bei der Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben (nicht nur für Frauen) in der Schweiz nach wie vor vieles im Argen liegt.

Gibt es in der Arbeitswelt von morgen endlich Lohngleichheit und echte Gleichstellung?

Ich bin mir nicht so sicher. Ich wundere mich immer wieder, wie rückständig wir die Diskussionen über Vereinbarkeit und Gleichstellung führen. Frauen mit kleinen Kindern, welche mehr als ein kleines Teilzeitpensum arbeiten, müssen sich nach wie vor rechtfertigen. Männer, welche zugunsten von Betreuungsaufgaben auf einen Vollzeitjob oder eine Karriere verzichten, gelten immer noch als «Verlierer». Wirtschaft und Gesellschaft müssen endlich akzeptieren, dass a) ganz unterschiedliche Lebensmodelle existieren, b) alle Familienmodelle entlastet werden müssen und c) Gleichstellung zwingende Voraussetzung ist, um die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen. Notwendig sind der Ausbau familienergänzender Betreuungsmöglichkeiten, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit sowie die Möglichkeit, die Arbeitszeiten flexibel zu gestalten. Es braucht auch ein Selbstverständnis dafür, dass verantwortungsvolle und einsetzungsfreudige Mitarbeitende nicht rund um die Uhr zur Verfügung ste-

hen müssen. Über die Lohngleichheit mag ich schon gar nicht mehr reden. Sie muss endlich durchgesetzt werden.

Zuerst Gleichstellung, danach höheres Rentenalter.

Müssen wir Frauen länger arbeiten, damit wir im Alter anständig leben können?

Als Gewerkschafterin stelle ich immer häufiger fest, dass viele Menschen über 50 überhaupt nicht mehr gefördert werden, Angst um ihren Arbeitsplatz haben und die ersten sind, die entlassen werden. Gleichzeitig fordert die Politik eine Erhöhung des Rentenalters. Das ist zynisch. Für mich steht die Erhöhung des Frauenrentenalters nicht zur Diskussion, solange die Gleichstellung nicht in allen Bereichen verwirklicht ist. Eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters führt zu neuen Ungerechtigkeiten. Real bedeutet das Rentenkürzungen bei tiefen Einkommen. Frauen und Männer mit kleineren und mittleren Löhnen müssten länger arbeiten, damit sie sich ein würdiges Leben im Alter finanzieren können. Die Gutverdienenden werden weiterhin vorzeitig in Pension gehen, da sie es sich leisten können. Wir müssen nicht länger arbeiten, sondern es braucht eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die Initiative zur Erbschaftssteuer ist ein guter Vorschlag. Wir brauchen vor allem eine starke AHV. Ich bin überzeugt, dass die AHV weiterhin finanzierbar ist, wenn die Solidarität in der Finanzierung nicht aufgebrochen wird. Das Reformprojekt des Bundesrates «Altersreform 2020» geht leider in die falsche Richtung.



Bernadette Häfliger Berger (45) ist Vizepräsidentin und Leiterin Gleichstellung und Recht der Gewerkschaft syndicom, Medien und Kommunikation. Sie ist ausgebildete Rechtsanwältin, Mutter zweier Kinder (10/7 Jahre), wohnt in Bern und teilt sich die Betreuungs- und Familienarbeit mit ihrem teilarbeitenden Partner. Sie ist Mitglied der SP Länggasse.

KLEINER FAHRTKOSTENABZUG STATT GROSSER SPARMASSNAHMEN

Der Kanton hat kein Geld für Steuergschänkli

Ernst fährt jeden Tag mit dem Auto von Rüeggisberg nach Liestal mit dem Auto zur Arbeit. 220 Arbeitstage 100 Kilometer hin, 100 Kilometer zurück. 44 000 Kilometer legt er jährlich zurück. Einmal um den ganzen Erdball. In der Steuererklärung kann er dafür Beschaffungskosten von 22 000 Franken vom Einkommen abziehen. Bei den Bundessteuern sind es neu nur noch maximal 3000 Franken. Der Regierungsrat will dies auch bei den kantonalen Steuern so handhaben. Der Grosse Rat wird in der Märzsession darüber

entscheiden. Und wie stellt sich die SP dazu? Die SP will nicht, dass umweltschädliches Verhalten steuerlich begünstigt wird. Sie will auch nicht, dass jene bestraft werden, die auf das Auto angewiesen sind, um ein Arbeitseinkommen zu erzielen. Die Lokomotivführerin, die den ersten Frühzug fährt, kann ja nicht mit dem ÖV zur Arbeit fahren.

Nun stellt sich die Frage der Verhältnismässigkeit. Ich persönlich setze mich ein für einen Maximalabzug in der Höhe der Kosten eines SBB-Generalabonnements 2. Klasse.

Das sind rund 3700 Franken. Wenn der bürgerliche Vorschlag von 6700 Franken angenommen wird, dann fehlen dem Kanton Bern weitere 35 Millionen Franken. Und das tut weh. Dann werden weitere untragbare Sparmassnahmen beschlossen. Und diese wiederum treffen wie immer die Ärmsten.

*Eure Berner JUSO-Geschäftsleitung:
Tamara Funciello, Julian Rodriguez,
Salome Trafelet, Hendrik Zimmermann*

Dankes Anlass für die SP-Vorstandsmitglieder

AM 23. JANUAR FAND DER JÄHRLICHE DANKESANLASS DER SP KANTON BERN FÜR DIE VORSTANDSMITGLIEDER DER EINZELNEN SEKTIONEN STATT. DER ANLASS GING IN OBERBURG BEI BURGDORF ÜBER DIE BÜHNE, WO GENOSSE ROLF LÜSCHER DURCH DEN BETRIEB DER JENNI ENERGIETECHNIK IM SOLARPARK FÜHRTE.



Beim folgenden Apéro bedankte sich Parteipräsidentin Ursula Marti nochmals nachdrücklich bei den vielen Vorstandsmitgliedern für die wichtige Arbeit, die sie in ihren Sektionen, häufig in schwierigem politischen Umfeld, leisteten. «Dank euch ist die SP in den Gemeinden verankert, ihr macht an Ort und Stelle sozialdemokratische Politik – das macht die SP glaubwürdig.»

Neue Kampagne, neue Unterschriftensammlungen, neue Chancen für Partei und Basis

Mit der anstehenden Basiskampagne für die nationalen Wahlen vom 18. Oktober steht unsere Kantonalpartei vor der einzigartigen Möglichkeit, langfristig unsere Sektionen, Mitglieder, Sympis und WählerInnen zu mobilisieren. In den Kantonen Zürich und Luzern steht die SP mit dem neuen Konzept im kantonalen Wahlkampf und erste Erfolge werden bereits sichtbar. An den Wahltagen am 29. März (LU) und 12. April (ZH) wissen wir mehr. Bereits jetzt ist klar: Die Spenden steigen ebenso wie die Zahl der AktivistInnen. Mitglieder, die bisher nicht aktiv waren, stehen plötzlich

auf die Strasse, die SP ist sichtbarer. Gleichzeitig sammeln wir ab sofort Unterschriften für das Referendum und die Initiative zu den Prämienverbilligungen im Kanton Bern. Wieder spart der bürgerlich dominierte Grosse Rat auf dem Buckel der Schwächsten. SP, Juso, Grüne und Gewerkschaften wehren sich geschlossen gegen den unsozialen Abbau bei den Krankenversicherten. Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung sind positiv. Einmal mehr denken wir an alle statt nur an wenige!

Szabolcs Mihalyi, Kampagnenverantwortlicher SP Kanton Bern

ROTES BRETT

Tagung: Mit Springseil und Rollator in die Zukunft

Demografische Entwicklung: Wir stellen uns der Herausforderung. Eine Tagung für PolitikerInnen, die den Mut haben, unsere Zukunft anzupacken. Referate von Prof. Dr. Stefanie Becker, Leiterin des Instituts Alter FH Bern und Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Gerontologie, sowie von einer Fachperson aus der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF). Mit anschliessenden Workshops zur Diskussion von spezifischen Fragen.

Samstag, 13. Juni 2015, 10–14 Uhr, Hotel Bern

Organisation: SP Frauen Kanton Bern

Zielpublikum: kommunale und kantonale SP-PolitikerInnen, interessierte Frauen und Männer, Fachpersonen

Kosten: CHF 5.– für Kaffee mit Gipfeli

Anmeldung bis 1. Juni 2015 an zora.schindler@spbe.ch

Jetzt bestellen: Der Politthriller des Jahres

Die Françoise-Papiere



Das Buch: Was haben die Morde in Bern und auf Malta mit den Aktionen in Vaduz und im Elsass zu tun? Was spielt sich hinter den Kulissen von zwei eidgenössischen Departementen ab? Ein Berner Polizeikommissär und eine beherzte Journalistin müssen sich im Dschungel von Intrigen, Erpressungen und Spionage auf Bundesebene zurechtfinden.



Der Autor: Josef Emmenegger, geb. 1941, war 30 Jahre beim Bund tätig, zuletzt als Informatikchef des EDA und des EDI. SP-Gemeinderat (Moosseedorf), Ortskorrespondent für die «Tagwacht» und den «Bund», Amateurschauspieler, Autor und Interpret von Berner Chansons – Emmenegger bringt eine Fülle von Erfahrungen mit, die den Inhalt des Thrillers anreichern.

Das Buch: 468 Seiten; Fr. 20.– (Direktbezug), Fr. 28.– (Postversand, inkl. Porto). Bestellen/bezahlen: Direktbezug beim Autor nach telefonischer Vereinbarung (032 665 39 01 / 079 746 70 23) oder Postversand: Vorauszahlung mit Einzahlungsschein, PC-Konto 92-801575-6, J. Emmenegger-Jobin, 3315 Bätterkinden. Lieferung: Direktbezug: Nach telefonischer Vereinbarung. Postversand: Sofort nach Bestätigung des Zahlungseingangs durch die Post.

Mehr zum Autor und zum Inhalt: www.jemjemjem.jimdo.com

AGENDA

7. März, **Frauendemo**, Schützenmatte, Bern, mit Kundgebung auf dem Bundesplatz, 13.30 Uhr,
9. Mai, **Kantonaler Parteitag**, Langenthal, 10–15 Uhr

11. Mai, **Vorständekonferenz RVs Oberaargau und Emmental**, Burgdorf, 19–21.30 Uhr

13. Mai, **Vorständekonferenz RV Biel.Bienne-Seeland**, Lyss, 19–21.30 Uhr

18. Mai, **Vorständekonferenz RV Bern-Mittelland**, Bern, Montag, 19–21.30 Uhr

27. Mai, **Vorständekonferenz RVs Thun und Oberland**, Spiez, 19–21.30 Uhr

Alle Termine: www.spbe.ch/agenda

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern,
Postfach 1096, 3000 Bern 23, Tel. 031 370 07 80,
links.be@spbe.ch, Adressänderungen:
abo@spschweiz.ch

Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern),
Redaktion: Szabolcs Mihalyi

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 30. März 2015

ABSTAND HALTEN

Mit dem Slogan «Sie fahren mit Abstand am besten!» wirbt die Aargauer Kantonspolizei entlang der Autobahn. Es ist hier nicht der Abstand zum AKW Beznau gemeint, sondern der Abstand, der einem den Überblick in der Verkehrssituation gewährt. Abstand nehmen, die Sache aus der Ferne anschauen, ist auch eine Methode, politische Probleme zu analysieren.

An einer Veranstaltung überraschte mich kürzlich ein Votum: «Irgendwann werden wir 100% erneuerbar wirtschaften oder austerben, denn irgendwann werden wir alle Ressourcen aufgebraucht haben!» Mit Abstand betrachtet wird klar: Wir brauchen uns keine ideologischen Kriege zu liefern, die

Zielgerade ist abgesteckt. Auch die aktuelle Raumplanungsdiskussion kann so auf einen Nenner gebracht werden; irgendwann, werden wir den letzten Quadratmeter Berner Boden überbaut haben. Wollen wir das? Nein, das wollen Linke und auch Bürgerliche nicht, also ist die «Verdichtung nach innen» die richtige politische Handlung. – Weiter Abstand halten – Auch wenn der Gotthard-Tunnel einmal sechsspurig befahrbar wäre, würde der Individualverkehr weiter zunehmen. Also liegt die Lösung nicht im Ausbau des Autobahnnetzes, sondern eher in der cleveren Siedlungsstruktur und im nachhaltigen Tourismus. Es stellt sich auch die Frage ob die Lösung der Verkehrsprobleme darin liegen kann, dass dereinst gleichviel oder gar mehr Elektroautos herum-

Rote Feder



fahren als heute fossil betriebene? Die Anreize müssen, mit Abstand betrachtet, wohl eher in Richtung kleinräumigeres Verhalten und öffentlichen Verkehr umgelenkt werden. Beim Thema Sicherheit denkt der «gute» Schweizer an Migrationsströme, Anbauplan Wahlen und Landesverteidigung. Derweil beliefert uns selbst die Landi mit chinesischen Billigprodukten und die Gesamtenergiestatistik zeigt auf, dass wir unseren Energiebedarf zu mehr als 50 Prozent mit Erdöl decken. Mit Abstand besser fahren wir auf der Nachhaltigkeitsstrasse!

Jürg Joss, SP-Gemeinderat Bätterkinden, Mitglied Arbeitsgruppe SP Powers